

Her mit dem guten ÖPNV für alle!

Für neun Euro den gesamten innerdeutschen öffentlichen Nah- und Regionalverkehr nutzen, und dadurch Bürger*innen eine kostengünstige Alternative zum motorisierten Individualverkehr zu bieten ist nun, durch den Beschluss des Bundestages und des Bundesrates vom 20. Mai, Realität. Zusätzlich wird die Bevölkerung durch diese Maßnahme finanziell deutlich entlastet, was seit Beginn des russischen Angriffskrieges und den daraus folgenden gestiegenen Preisen besonders notwendig ist. Dieses Ticket wird für die drei Sommermonate Juni, Juli und August für jede*n zu kaufen sein. Auch Inhaber*innen eines Abo-Tickets wird die Differenz zu ihrem eigentlichen Tarif erstattet.

Wir begrüßen diesen Beschluss sehr, weil es ein wichtiger Schritt in Richtung der Verkehrswende ist und viel Potential für die Fortführung dieser mit sich bringt. Durch das 9€-Ticket können die Nutzer*innen endlich ein einfaches und ohne Tarifzonen gestaltetes Ticketsystem zu einem äußerst erschwinglichen Preis kennenlernen.

Weg mit dem Heiligen Römischen Reich deutscher Tarifzonen!

Der Kritik seitens der CSU, dass diese Vorteile nur Bürger*innen, die in städtischen Gebieten wohnen, zugutekommt, weil auf dem Land der ÖPNV nach wie vor schlecht ausgebaut ist und deshalb kaum genutzt werden wird, ist entgegenzustellen, dass dieses Problem größtenteils auf Fehler der unionsgeführten Verkehrsplanung der Vergangenheit zurückgeht. Folglich müssen diese weitreichenden Mängel in Bayern auch von der CSU-geführten Staatsregierung behoben werden.

Diese Mängel sind in der Tat groß: Bayern ist ein einziger Flickenteppich aus vielen viel zu kleinen Verkehrsverbänden und in einigen ländlichen Gebieten in Niederbayern und der Oberpfalz gibt es überhaupt keine Verbände. Das daraus resultierende Tarifsystem ist so kompliziert, dass man ohne genaue Kenntnisse kaum das richtige Ticket erwerben kann. Zudem sind die Tarife oft so teuer, dass ein Umstieg vom Auto auf den ÖPNV finanziell kaum lohnenswert ist oder sogar Mehrkosten mit sich bringt.

Für einen guten ÖPNV statt noch mehr fossile Infrastruktur!

Des Weiteren wurde der Ausbau des ÖPNV und des Regionalbahnverkehrs in den letzten Jahren in vielen, besonders aber in ländlichen Regionen stark vernachlässigt. Mehr noch, zum Teil versucht die CSU sogar aktiv Bahninfrastruktur zu zerstören. So zum Beispiel bei der Steigerwaldbahn, eine ca. 50km lange und stillgelegte Bahnstrecke, die bis in die 1980er Jahre die unterfränkischen Städte Kitzingen und Schweinfurt, sowie viele im Steigerwald liegende Dörfer miteinander verband. Nach dem Willen der Staatsregierung wurde diese Strecke stillgelegt und soll nun vollständig abgebaut werden. Stattdessen wird Geld in fragwürdige Prestigeprojekte, wie die zweite Stammstrecke der S-Bahn in München sowie vor allem in fossile Auto-Infrastruktur investiert.

Damit die Klimaziele im Verkehrssektor erreicht werden können, muss sich das ändern! Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen einen sofortigen Stopp des Neubaus von Autobahnen, Bundes- und Staatsstraßen, sowie ein bundesweites Verbot des Abbaus von Bahnstrecken. Die Gelder, die bisher in Straßenbau investiert wurden, müssen dem Ausbau der Bahn, des öffentlichen Nahverkehrs und der Radinfrastruktur zugutekommen.

ÖPNV als kommunale Pflichtaufgabe

Um einheitliche Regelungen zu schaffen muss es von Seite des Freistaats klare gesetzliche Vorgaben für die Mindest-Qualität des ÖPNVs geben, die die Kommunen einhalten müssen. Zusätzlich muss durch die Bundesregierung die Abschaffung eigenwirtschaftlicher Busverkehre umgesetzt werden, um der Rosinenpickerei der Busunternehmen ein Ende zu bereiten. Darüber hinaus fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, den ÖPNV als kommunale Pflichtaufgabe festzulegen.

Jetzt ein dauerhaftes 9-€-Ticket für alle, langfristig kostenlos für alle!

Um im Verkehrssektor endlich aus dem fossilen Zeitalter herauszukommen, ist ein unkomplizierter und günstiger Tarif notwendig. Wir fordern daher, das 9-€-Ticket unbegrenzt weiter fortzuführen. Für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sowie für Empfänger*innen von Arbeitslosengeld II, Sozialgeld oder von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung soll das Ticket kostenlos sein. Eine Gegenfinanzierung soll durch die Abschaffung von klimaschädlichen Subventionen, wie beispielsweise dem Dienstwagenprivileg, erfolgen.

Als GRÜNE JUGEND Bayern bleiben wir außerdem weiterhin bei unserer Forderung, dass langfristig die Nutzung des ÖPNVs für alle Menschen kostenlos sein muss!

Zudem muss das Fahren ohne Ticket endlich von einer Straftat zu einer Ordnungswidrigkeit herabgestuft werden, denn nach Paragraf 265a StGB drohen Menschen in Deutschland bei dem "Erschleichen von Leistungen" bis zu ein Jahr Haft. Dieses Gesetz führt dazu, dass jährlich tausende, in der Regel von Armut betroffene, Menschen ins Gefängnis müssen und einige dadurch sogar ihre Existenz verlieren. Daher begrüßen wir, dass die Ampel-Koalition eine Prüfung dieses Artikels angekündigt hat und erwarten dessen zügige Streichung!